

Anlage 5: Beschreibung der Maßnahme:

Der grenzüberschreitenden Freizügigkeit kommt gerade in Grenzregionen eine besondere Bedeutung zu da es zum Alltag der Bürgerinnen und Bürger gehört, die Staatsgrenze für Arbeit oder Freizeit zu überschreiten. Grenzregionen können als Motoren aber auch Laboratorien der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bezeichnet werden. Kein Kontinent ist von so einem engmaschigen Netz an Staatsgrenzen durchzogen wie Europa. An diesen Nahtstellen, treffen verschiedene kulturelle und sprachliche aber vor allen Dingen auch rechtliche und administrative Systeme aufeinander. Die soziale Sicherheit ist ein prägnantes Beispiel für die Komplexität der Hürden, die an den Binnen- und Aussengrenzen der Europäischen Union zu finden sind.

Zwanzig Jahre Binnenmarkt haben zwar zu Fortschritten geführt, laut einer Erhebung des Solvit-Netzwerkes¹, stehen Probleme der sozialen Sicherheit mit 34% jedoch weiterhin an der Spitze der Hürden die durch die Umsetzung von EU-Richtlinien entstehen. Eine vollständige Harmonisierung der Gesetzgebungen wird es auf absehbare Zeit nicht geben. Sie wird auch von den Mitgliedstaaten nicht gewünscht. Es muss also damit gerechnet werden, dass aufgrund der dynamischen Entwicklung der staatlichen Sozialsystem immer neue Situationen entstehen, die die mobilen Arbeitnehmer in Bedrängnis bringen könne, wenn sie nicht zeitig und umfassend informiert sind.

Das vorliegende Projekt richtet sich speziell auf die Hürden der sozialen Sicherheit in Grenzregionen. Diese sind aufgrund ihrer peripheren Lage und das Aufeinandertreffen unterschiedlicher sozialen Sicherungssysteme, Gesetzgebungen, Sprachen und Kulturen bei der Information der Grenzpendler vor besondere Herausforderungen gestellt.

Die Zahl der Arbeitnehmer, die mehrmals pro Woche eine europäische Staatsgrenze überqueren wenn sie sich von ihrem Wohnort zu ihrem Arbeitsplatz begeben, ist mangels verlässlichen Datenmaterials schwer zu beziffern. Sie dürfte aber zwischen 400.000 und 850.000 liegen. Die Zahl könnte wesentlich höher sein, wenn potenzielle Grenzpendler sich über eventuelle Risiken, Besonderheiten ihrer Situation sowie ihrer Rechte und Pflichten bezüglich Sozialversicherungsansprüche anbelangt, besser informieren könnten. Zwar sind Informationen über Standardsituationen relativ leicht über Broschüren und Web-Portale abzudecken, sobald die Situation des Arbeitnehmers aber etwas vom Standard abweicht, wird es sehr schnell kompliziert: „ Der Teufel steckt im Detail“.

Gronau, 27. März 2011

**Association of European
Border Regions**

Enscheder Straße 362

D-48599 Gronau

Tel.: +49-2562-702-19

Fax: +49-2562-702-59

Martín Guillermo Ramírez
Generalsekretär

¹ 2002 von der Europäischen Kommission und den Mitgliedsstaaten gegründetes Netzwerk zur Entwicklung pragmatischer Lösungen, für Probleme, die durch die falsche Anwendung von EU-Regelungen entstehen.